

Pressekonferenz 31. 1. 2012: VÖS will „heilige Kühe“ schlachten

Thema: Ausgabenseitiges Sparen



ZIB ©ORF

Der Rechnungshof (RH) hat in seiner mittlerweile dritten Auflage – nach denen in den Jahren 2007 und 2009 – Möglichkeiten zur Verwaltungsreform zusammengefasst. Darin enthalten sind 599 konkrete Vorschläge. Obwohl der RH von ihm genannte Zahlen nur auf konkrete Einzelprüfungen stützt, wird in der Öffentlichkeit von Einsparungspotentialen von 3 bis 15 Milliarden Euro gesprochen.

Der VÖS meint:

- Einsparungsspielraum gibt es mehr als genug
- Voraussetzung dafür ist der politische Wille, diese Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene durchzusetzen

Der VÖS fordert:

- Tabuloses Angehen der Probleme: Schlachten der "Heiligen Kühe"
- Die Fülle der Einsparungsmöglichkeiten würde bei konsequenter Umsetzung weitere Steuerbelastungen erübrigen und mittelfristig sogar wieder Spielraum für politische notwendige Maßnahmen schaffen.

Einsparungspotentiale oder: Das Schlachten der „Heiligen Kühe“

1. *Verwaltungsreform (strukturell)*

Eine WIFO-Studie (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) zur Effizienz der Ausgabenstrukturen des öffentlichen Sektors zeigt hohe Einsparungspotentiale in der öffentlichen Verwaltung auf. Je Einwohner hat Österreich um 27 % höhere Ausgaben als Deutschland und um 11 % höhere Ausgaben als Dänemark. Laut WIFO hätte Österreich eine

Effizienzreserve von 0,75 bis 2,5 Milliarden Euro.

2. *Verwaltungsreform (Dienstrecht)*

Mehrere Punkte sind von Relevanz: Als Grundlage für die Entlohnung der Bediensteten sollen die Aufgaben und Anforderungen am Arbeitsplatz gelten. Eine starre Einstufung in ein Gehaltsschema auf Grund der Ausbildung im Sinne des "Vorbildungsprinzips" entspricht nicht einem modernen und leistungsorientierten Personalwesen. Zulagen und Nebengebühren müssen entfallen.

3. *Gesundheitssystem*

Im Gesundheitssystem sieht der RH Einsparungsmöglichkeiten von 2,9 Milliarden Euro durch die Anpassung der Akutbettenanzahl an den europäischen Durchschnitt.

Weitere mögliche Punkte:

- Betriebsgrößen einzelner Krankenhausstandorte optimieren
- Standortdichte durch Einführung überregionaler Versorgungsmodelle reduzieren
- Fehlbelegung teurer Akutbetten durch Pflege- oder Palliativfälle vermeiden

4. *ÖBB*

Die im Jahr 2002 vom Vorstand der ÖBB bewirkte Einbeziehung des allgemeinen Nebenbezugspauschales in die Gehaltsansätze und damit in die Pensionsbemessungsgrundlage wird den Bund bis zum Auslaufen dieser Regelung im Jahr 2056 mit voraussichtlichen Mehrkosten bei den Pensionsleistungen von rund 1,2 Milliarden Euro belasten. ÖBB und Bund sollten diese Mehrkosten aus der einseitig verfügbaren Maßnahme abwehren.

Weiteres steigt der im Jahr 1997 für die Pensionsbemessung gesetzlich festgelegte Nebengebühren-Durchschnittssatz jährlich um einen bestimmten Prozentsatz. Dies führt dazu, dass der Durchschnittssatz höher ist als die tatsächlich ausbezahlten Nebengebühren und außerdem nicht die tatsächlichen Mehrleistungen abbildet. Die Anpassung auf tatsächlich anfallende Nebengebühren wäre eine Lösung.

5. (Früh-)Pensionen

Durch eine Harmonisierung der Landesbeamtenpensionssysteme können 714 Millionen Euro eingespart werden. Durch die zwischen 2008 und 2011 durchgeführten Pensionsreformen in den Ländern Vorarlberg, Steiermark, Burgenland und Kärnten sind davon bereits 476 Millionen Euro realisiert.

Ebenso sind hier die 1,2 Milliarden Euro an Mehrkosten für Pensionen zu erwähnen, die von ÖBB und Bund abgewehrt werden könnten (siehe Punkt "ÖBB").

Die Abschaffung der Hacklerregelung würde 300 Millionen Euro jährlich sparen.

Das faktische Pensionsantrittsalter muss an das gesetzliche herangeführt werden. Die Erhöhung des tatsächlichen Antrittsalters um ein Jahr würde jährlich Einsparungen von 1,2 Milliarden Euro bringen.

6. Bildung

Mag. Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellen Vereinigung, sieht bei einer Reform der Schulverwaltung ein Sparpotenzial von zwischen 100 Millionen und 1 Milliarde Euro. Laut OECD "Education at a Glance 2008" wird in Österreich jeder zweite Euro "nicht unterrichtsrelevant" für Schulverwaltung und sonstige Aufwendungen verwendet.

Ein großes Problem ist dabei die Doppelgleisigkeit der Verwaltung, deren Beseitigung ebenfalls beträchtliche Einsparungen einbrächte.

7. Subventionen/Landwirtschaft

WIFO-Analysen zeigen im Förderungswesen ein Einsparungspotenzial von 3,5 bis 5 Milliarden Euro, durch Deregulierungsmaßnahmen noch einmal bis zu 0,5 Milliarden Euro. Dabei ist das Förderwesen im Bereich der Landwirtschaft, das eine umfangreiche und besonders durchzuführende Beurteilung braucht, noch gar nicht eingerechnet. Eine solche Reduzierung könnte wohl auch nur unter Berücksichtigung des Abbaus gleichgelagerter Förderungen europaweit angegangen werden.

8. Sonstige Bezüge

Sonstige Bezüge (das sind zum Beispiel das 13. und 14. Monatsgehalt, Belohnungen, Prämien, Jubiläumsgelder) werden nach Abzug des Freibetrags von 620 Euro, wenn sie eine Freigrenze von 2.100 Euro übersteigen, bis zur Höhe des Jahressechstels mit nur 6 % besteuert.

Zumindest für höhere Einkommen könnte diese besondere Vergünstigung fallen.